

Information gem. Art. 13, 14 ff. DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen verarbeitet.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Osnabrück
Der Oberbürgermeister
Postfach 44 60
49034 Osnabrück

3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Stadt Osnabrück
Datenschutzbeauftragte
Natruper-Tor-Wall 5
49076 Osnabrück
datenschutz@osnabrueck.de

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und Abstimmungen verarbeitet.

1. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitungstätigkeit ergibt sich aus den folgenden Gesetzen:

- Europawahlen gemäß § 5 EuWG i.V.m. §§ 1, 4 und 6 – 8 EuWO
- Bundestagswahlen gemäß § 9 Absatz 4 Satz 4 BWG i.V.m. §§ 3 – 4, 6 - 8 BWO
- Landtagswahlen gemäß §§ 12 - 13 und 25 NLWG i.V.m. §§ 3 und 5 – 6 NLWO
- Kommunalwahlen gemäß §§ 9 – 11 und 45a NKWG i.V.m. §§ 7 – 8, 10, 12 NKWO
- Bürgerentscheid analoge Anwendung zu Kommunalwahlen
jeweils in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Nr. c) DS-GVO

2. Prüfung und Entscheidung über Beschwerden bei der Vorbereitung von Wahlen (§§ 47 ff NKWG) sowie von Einsprüchen gegen die Gültigkeit von Wahlen (§ 46 NKWG) der Organe von Gebietskörperschaften, die der hiesigen Kommunalaufsicht unterstehen.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Das Wahlbüro darf Daten weitergeben, soweit dies zur Erfüllung ihrer eigenen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist. Empfänger können sein:

- a) Die jeweiligen Wahlausschüsse, die nachgeordneten hauptamtlichen Verwaltungen (Referat Strategische Steuerung und Rat, Fachbereich Finanzen und Controlling und Fachbereich Bürger und Ordnung), die Wahlvorsteher/innen im Wahlvorstand sowie die Landeswahlleiterin aufgrund zuvor genannter wahlrechtlicher Bestimmungen.
- b) Kommunale Verwaltungen und Personen, gegen die sich die Wahlbeschwerde bzw. der Einspruch richten, soweit zur Aufklärung des zu prüfenden Sachverhalts die Weitergabe datenschutzrechtlich relevanter Informationen erforderlich ist gemäß §§ 24, 26 VwVfG i.V.m. §§ 46 ff NKWG.

6. Dauer der Speicherung

In Abhängigkeit von den Unterlagen von 6 Monaten bis grds. 60 Tagen vor dem Ende der Legislaturperiode der jeweiligen Wahl gemäß § 83 EuWO, § 90 BWO, § 84 NLWO und § 88 NKWO.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: +49 511 120-4500, E-Mail: poststelle@ldf.niedersachsen.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.